

Bürgerinitiative Für Lebenswertere Umwelt!

01571 Riesa Postfach 10 00 31 Fax: 03525/736384 E-Mail: bi_fuer_lebenswert.umwelt@freenet.de

Stadtverwaltung Riesa
Büro für Stadtratsangelegenheiten
Rathausplatz 1
01589 Riesa



CC: an alle Stadträte per E-Mail
sowie an 2 Stadträte per Post

www.dioxinskandal-riesa.de

15.10.2013

Entwertung von Grundstücken in Gröba durch Flächennutzungsplan

Offener Brief der Bürgerinitiative

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Töpfer!

Liebe Stadträtinnen, liebe Stadträte,
liebe Bürgerinnen und liebe Bürger in Riesa!

Am 16.10.2013 soll der Stadtrat verantwortungsbewusst unter Tagesordnungspunkt 5. der Beschlussvorlage S151/2013 Entscheidung über den 7. Entwurf des Flächennutzungsplanes der Stadt Riesa zustimmen. Die 227-seitige Vorlage + Kartenmaterial ist sehr umfangreich für eine intensive Lesung. Den Bürgern steht ein Satz des umfangreichen Planmaterials zur Einsichtnahme im Hauptamt, Büro für Stadtratsangelegenheiten, 1.Obergeschoss, Zimmer 1.13 zur Verfügung. Diese Dokumente intensiv zu lesen, bedarf einen Arbeitsaufwand von mehreren Stunden, wenn nicht sogar Tagen.

In der **Vorlage der Stadtverwaltung Riesa**, ist zu sehen, dass im Ortsteil Gröba, **zahlreiche Bestandsflächen als Wohn- bzw. Mischgebiete in Gewerbe- bzw. Industriegebiete umgewandelt werden sollen. Der Wert der Grundstücke fällt, die Schutzwürdigkeit der Wohn- und Mischgebiete werden entfallen, die Grenzwerte von Lärm und Luftschadstoffe werden höher.** Und dann will Frau Oberbürgermeisterin Töpfer behaupten: „Gröba wird lebenswerter?“ Nein, dadurch werden die Probleme mit toxischen Giften wie Dioxin, Quecksilber, Chrom, Cadmium, Mangan in beliebiger Menge legalisiert. An den schweren gesundheitlichen Folgen können die hier lebenden und arbeitenden Menschen erkranken!

Dies betrifft Großteile rechts liegend der Lauchhammer Straße, das Dreieck Hafenstraße, Uttmannstr.15, Pausenweg (inklusive neuer Sportplatz Werner Heisenberg Gymnasium), sowie die Fläche ab Uttmannstraße 10 Freifläche bis zur Kreuzung Paul-Greifzu-Straße und die Paul-Greifzu-Straße, die schon 2007 versucht wurde zu enteignen, und endet an der Sporthalle Paul-Greifzu-Straße. (siehe Karte – **schwarze Flächen = Gewerbliche Baufläche**)

Im Bauausschuss am 10.10.2013 wurde den Bürgern nicht eingeräumt, Fragen zu stellen, die dadurch auch nicht beantwortet werden konnten. Die Bürgerinitiative Für Lebenswertere Umwelt! stellt hiermit im Auftrag einiger Bürger folgende Fragen:

Sprechergruppe der Bürgerinitiative:
Jörg Niederleig, Holger Sonnenfeld, Jan Niederleig, Thoralf Möhlis

1. Ist den Stadträten diese Gebietsumwandlung bekannt und haben die Stadträte die Veränderung aus der Vorlage der Stadtverwaltung heraus lesen können?
2. Haben die damaligen Stadträte das Schreiben von Rechtsanwalt Baumann vom 08.11.2007 vergessen, als die Stadträte aufgefordert wurden, den aufgestellten Bebauungsplänen nicht zuzustimmen, da: *„...die Bebauungspläne (Beschlussvorlagen S 178/2007 bis S 184/2007) in einem gewissen Zusammenhang mit dem Stahlwerk zu stehen scheinen. Es liegt die Vermutung nahe, dass durch die Änderung der Gebietsausweisung bei vorhandenen Belastungen mit Schadstoffen eine bodenschutzrechtliche Akzeptanz herbeigeführt werden soll. Wir weisen abschließend darauf hin, dass Sie sich als Oberbürgermeisterin und stimmberechtigte Person im Stadtrat ggf. schadensersatzpflichtig machen, wenn Sie sehenden Auges eine rechtswidrige Maßnahme durch Beschluss billigen und hierdurch schuldhaft Rechtspositionen von Dritten verletzen. Indem Ihnen hiermit die Rechtswidrigkeit der geplanten Beschlüsse vor Augen geführt wurde, ist für eventuelle zukünftige Verfahren eine Berufung darauf, man habe eine Rechtswidrigkeit nicht erkennen können, ausgeschlossen.“* Als Ergebnis wurden die Beschlussvorlagen zum Stadtratstermin durch die Verwaltung von der Tagesordnung genommen. Das komplette Schreiben finden Sie unter: <http://www.dioxinskandal-riesa.de/SSStadtverwaltungRiesa081107.pdf>
3. Ist den Riesaern Stadträten bewusst, dass Sie nun dieser fehl gelaufenen Beschlussvorlagen hiermit eine Fortsetzung geben sollen?
4. Haben die damaligen Stadträte das Ergebnis der Machbarkeitsstudie vergessen? Damals untersuchte die TU Berlin im Juni 2008, ob Bürger enteignet werden können. Sie kam zu folgenden Ergebnis: *„...Die Möglichkeit zur Errichtung eines Logistikzentrums steht primär im Interesse der ESF GmbH und stellt damit ein privates und kein öffentliches Interesse dar.“* Seite 50 Machbarkeitsstudie (mit ESF GmbH ist Giuseppe Pasini – Inhaber der ESF Elbe Stahlwerke Feralpi GmbH gemeint)
5. Warum gibt es keine Gesprächsrunden vor der Aufstellung solcher Beschlüsse mit den betroffenen Bürgern?
6. Hier sollen jetzt langfristige Planungsziele aufgestellt werden, wo die Bürger wieder gezwungen werden, anwaltlichen Beistand zu suchen, um ihre eigenen Rechte wieder nur anwaltlich vertreten zu können. Ist das das Ziel der Stadtverwaltung oder des Stadtrates, dass es kein Miteinander mehr gibt, und dass nur noch Anwälte für die Kommunikation und Rechte der Bürger in dieser Stadt zuständig sind?

Wir sehen, dass die Stadträte als Werkzeug für private Interessen des Herrn Pasini benutzt werden sollen, um die weitere Überschüttung mit toxischen Luftschadstoffen und Lärm zu legalisieren. Das Stahlwerk breitet sich Schritt für Schritt immer weiter mitten in unserer Stadt aus, was in keiner Weise für die Bürger hinnehmbar ist!

Weitere Informationen finden Sie unter www.dioxinskandal-riesa.de im Internet.

Anlage:
Kartenauszug des betroffenen Gebietes

Mit besten Grüßen

Jan Niederleig
Sprecher der Bürgerinitiative
Für lebenswertere Umwelt!

